Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8752**

16. Wahlperiode 09. 04. 2008

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Winfried Nachtwei, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine umfassende Strategie zur demokratieverträglichen und zivilgesellschaftlichen Stabilisierung Pakistans

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Entwicklung im nuklear bewaffneten Pakistan ist seit Jahren äußerst besorgniserregend – die Zukunft ungewiss. Die unsichere Lage, insbesondere in den westlichen Provinzen Wasiristan und Belutchistan beeinflusst negativ die Sicherheitslage in Afghanistan. Es ist positiv, dass sich die Lage im Kaschmirkonflikt mit Indien entspannt hat, aber eine Lösung des Konflikts steht noch aus. Die Gefahr eines Staatszerfalls weckt Ängste, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Extremisten fallen könnten. Eine dauerhafte Stabilisierung und Demokratisierung Pakistans liegt im unmittelbaren Sicherheitsinteresse der internationalen Staatengemeinschaft.

Die internationale Staatengemeinschaft, die EU und die Bundesregierung haben bislang keine ausreichenden Bemühungen unternommen, in Pakistan eine demokratieverträgliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zu fördern. Eine umfassende Pakistanstrategie fehlt. Statt auf die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte setzte der Westen in den letzten Jahren auf die autoritäre Herrschaft von Präsident Pervez Musharraf. Entsprechend wurden die pakistanische Armee und der Geheimdienst mit Rüstungslieferungen aktiv unterstützt. Diese Strategie ist spätestens mit der Ausrufung des Notstands, den Manipulationen der Präsidentschaftswahlen und der Ermordung Benazir Bhuttos gescheitert. Präsident Pervez Musharraf hat die Unterstützung der pakistanischen Bevölkerung weitgehend verloren.

Die jüngsten Parlamentswahlen in Pakistan fanden am 18. Februar 2008 trotz Defiziten unter überwiegend ruhigen und fairen Bedingungen statt. Präsident Pervez Musharraf erlitt mit seiner Partei ebenso eine Wahlniederlage wie radikale religiöse Parteien. Die Wahlsieger, die Pakistan Peoples Party (PPP) unter Asif Zardari und die Pakistan Muslim League-N (PML-N) unter Nawaz Sharif haben sich auf eine Regierungsbildung geeinigt. Ende März 2008 wurde der neue, der PPP angehörende Premierminister Yousaf Raza Gilani vom Parlament vereidigt. Die von Präsident Pervez Musharraf entlassenen und unter Hausarrest gestellten Richter wurden freigelassen, konnten aber noch nicht in ihre alten Funktionen zurückkehren. Pakistan nach den Wahlen befindet sich in einer Um-

bruchsituation, die von einer umsichtigen internationalen Politik begleitet werden muss.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Bundestag baldmöglichst eine umfassende Pakistanstrategie vorzulegen, in der sie ihre nationalen und internationalen Maßnahmen und Beiträge zur Terrorismusbekämpfung, zur Stabilisierung und zur Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, wirtschaftlicher Stabilität und Menschenrechten in Pakistan darlegt;
2. mit Nachdruck vom Präsidenten Pervez Musharraf, dem neuen Premierminister Yousaf Raza Gilani und der neuen Regierung die Freilassung aller noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen, die Beachtung der Pressefreiheit und die Achtung und Stärkung der Zivilgesellschaft zu verlangen;
3. sich für eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Pakistan und für eine vollständige Wiedereinsetzung aller unabhängigen Richter und Justizbeamten einzusetzen;
4. eine von der pakistanischen Regierung angeregte Untersuchungskommission der Vereinten Nationen im Fall der Ermordung Benazir Bhuttos zu unterstützen;
5. nach der Aussetzung von Neuzusagen für die Entwicklungszusammenarbeit nach der Erklärung des Notstandes durch Präsident Pervez Musharraf eine Neubewertung der bilateralen Zusammenarbeit mit der neuen Regierung vorzunehmen;
6. die Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit, v. a. Grundbildung, Basisgesundheit und erneuerbare Energien weiterzuführen und darüber hinaus stärker die Bereiche Förderung der unabhängigen Justiz und Presse sowie die Rechte der Frauen in Pakistan zu unterstützen;
7. das Wettrüsten zwischen Pakistan, Indien, China und anderen Staaten der Region nicht weiter durch deutsche Rüstungslieferungen anzuheizen;
8. darauf hinzuwirken, dass Pakistan nicht weiterhin zu einer Quelle der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägerwaffen wird, sondern sich den internationalen Rüstungskontrollregimen anschließt.

Berlin, den 9. April 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Lage in Pakistan ist instabil. Kämpfe und opferreiche Selbstmordattentate in und außerhalb Islamabads nehmen drastisch zu. Dies gilt besonders in der Unruheprovinz Belutschistan und im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, aber auch in anderen Landesteilen. Seit dem Staatsstreich von 1999 ist Pervez Musharraf als Präsident, bis November 2007 als oberster Militärbefehlshaber im Amt. Seine formale Wahl im Jahre 2002 entsprach ebenso wenig demokratischen Ansprüchen und der pakistanischen Verfassung wie die Wiederwahl 2007.

Am 3. November 2007 hatte Präsident Pervez Musharraf den Ausnahmezustand ausgerufen und damit die Verfassung außer Kraft gesetzt. Dies wurde mit der Bedrohung durch islamische Extremisten begründet. Tatsächlich folgten Massenverhaftungen von politischen Oppositionellen und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie ein massives Vorgehen gegen die freie Presse und Justiz. Hintergrund war die bevorstehende Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, Pervez Musharrafs Wiederwahl zum Präsidenten zu annullieren, da er im Widerspruch zur Verfassung gleichzeitig noch Oberster Befehlshaber der Streitkräfte war. Darauf folgte der Austausch der 37 Richter des Obersten Gerichtes, inklusive des Obersten Richters Iftikhar Chaudhry, durch loyale Richter, die fortan im Amt blieben. Bereits im Frühjahr hatte Pervez Musharraf den Obersten Richter Iftikhar Chaudhry entlassen, ihn aber nach massiven Protesten wieder einsetzen müssen. Iftikhar Chaudhry wurde Anführer einer populären Bewegung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Richterinnen und Richtern für eine freie Justiz im ganzen Land. Diese Bewegung ist ebenso wie eine erstaunliche pluralistische Presse bemerkenswert, findet aber wenig parteipolitische Resonanz und konnte bisher nur begrenzte politische Wirkung erzielen. Nach anhaltenden internationalen Protesten gegen sein Vorgehen, welche den Ausschluss aus dem Commonwealth umfassten, trat Pervez Musharraf am 28. November 2007 seinen Posten als Oberkommandierender der Streitkräfte an Asfaq Pervez Kiyani ab. Der Ausnahmezustand wurde am 15. Dezember 2007 aufgehoben. Es zeigte sich, dass Druck der USA und EU durchaus Einflusspotential auf das Agieren der pakistanischen Regierung und des Präsidenten Pervez Musharraf hatte.

Die für Januar 2008 vorgesehenen Parlamentswahlen wurden nach der Ermordung Benazir Bhuttos bei einer Parteikundgebung am 27. Dezember 2007 auf den 18. Februar 2008 verschoben. Sie fanden unter insgesamt relativ ruhiger Sicherheitslage und insgesamt akzeptablen Rahmenbedingungen statt. Das Ergebnis bedeutete einen herben Rückschlag für Pervez Musharraf. Nach der Regierungsbildung Ende März wurden die in Haft genommenen Rechtsanwälte und Richter, darunter der ehemalige Oberste Richter Iftikhar Chaudhry freigelassen. Bisher konnten sie noch nicht in ihre alten Positionen zurückkehren.

Nach dem Mord an Benazir Bhutto gab es zudem zahlreiche Spekulationen um die Hintergründe. Pervez Musharraf beteiligte Scotland Yard, das am 8. Februar 2008 in einer Untersuchung der Todesursache die Darstellung des Tathergangs durch die pakistanische Regierung bestätigte. Diese Untersuchung war aber nur sehr begrenzt möglich, nach Presseberichten erfolgte keine Spurensicherung am Tatort, Beweismittel wurden vernichtet. Eine Untersuchung der Vereinten Nationen wäre die einzige Chance für eine wirkliche neutrale und unabhängige Evaluierung, welche Pervez Musharraf ablehnte, aber von der neuen Regierung verhandelt werden wird.

Die vielfach geäußerte Befürchtung, die Alternative zu Pervez Musharraf liege in einer Machtübernahme von militanten Islamisten, hat sich mit den jüngsten Wahlen als unzutreffend herausgestellt. Pakistan ist aber weiterhin ein Rückzugsgebiet für Kämpfer, die fast ungehindert über die Grenze nach Afghanistan durchsickern und damit für die schlechte Sicherheitslage im Süden Afghanistans

verantwortlich sind. Nach Auffassung vieler Expertinnen und Experten hat der pakistanische Geheimdienst die Kontrolle über entscheidende militante Kräfte in den westlichen Grenzgebieten zu Afghanistan verloren. Eine gegen die Bevölkerung gerichtete militärische Bekämpfung ist sowohl für die pakistanischen Militärkräfte als auch für US-Kommandotruppen aussichtslos.

Pervez Musharraf selbst ist in Pakistan zunehmend unpopulär. Es gibt in Pakistan starke Partner und Kräfte, die an einer friedlichen Stabilisierung interessiert sind. Diese gilt es gezielt zu fördern. Ansätze in der aktuellen Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan, die den regionalen Schwerpunkt auf die Krisengebiete im Westen legen, müssen ausgebaut werden. Dazu zählt auch die Unterstützung der unabhängigen Justiz und freien Presse als Eckpfeiler einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Eine Rückkehr des Rechtsstaates in Pakistan unter der neuen Regierung würde zur Stabilität in Pakistan beitragen und so auch ein verbessertes Vorgehen gegen extremistische Kräfte möglich machen.

Ein demokratieverträglicher zivilgesellschaftlicher Wandel braucht langen Atem und eine aktivere zivile Unterstützung von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333